

(Frau Minister Brunn)

- (A) denen spezielle Fördermaßnahmen für Frauen enthalten sind, Maßnahmen zur Qualifizierung von Frauen im Bereich von Beschäftigungs- und Ausbildungsförderung zur Verbesserung ihrer Chancen gerade in diesem Bereich.

Weiterhin sind gezielte Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel die Broschüre "Frauenförderung in der privaten Wirtschaft" zu erwähnen. Dies ist eine gute Sache, genauso wie das, was zur Frauenförderung im Sparkassenbereich herausgegeben wurde.

Ein besonderes Problem sind nach wie vor die kleinen und mittleren Betriebe. Hier ist zum Beispiel der Landeswettbewerb "Frauenfreundlichster Betrieb des Jahres" eine Möglichkeit, auf dieses Thema hinzuweisen und auch die Chance des positiven Heraushebens in diesem Zusammenhang zu geben. Ich halte das für gut.

Die SPD-Fraktion hat in ihrem Antrag eine Reihe von neuen Vorschlägen gemacht: darüber hinausgehend Personalpools bei den Kammern zur Überbrückung von familienbedingten Abwesenheiten zu bilden. Auch dies sind interessante Anregungen. Wir wollen diese gern aufgreifen, genauso wie die Vorschläge zur Wiedereingliederung in den Beruf.

Als Fazit läßt sich festhalten, daß das, was hier in den letzten Jahren geschehen ist, eine Grundlage für die Themen abgibt, die hier in dem Antrag neu gestellt werden, und daß auch die Expertinnen und Experten in den verschiedenen Zusammenhängen die Unterstützung der Frauenpolitik der Landesregierung signalisiert haben.

- (B) Jetzt hat sich die Opposition nun so verhalten: Einerseits hat die CDU gesagt, daß sie den F.D.P.-Antrag unterstützt und ihren eigenen Antrag zurückzieht. Die F.D.P. hatte es umgekehrt gesagt. Sie müssen sich gleich noch einigen, worüber abgestimmt wird.

Mir ist bei beiden Anträgen nur aufgefallen: Der CDU-Antrag fällt gegenüber der Realität, die schon im Frauenförderungsgesetz des Landes steht, zurück. Das können Sie doch echt nicht wollen. Insofern ist der Antrag wahrscheinlich mit Recht zurückgestellt worden.

Zu dem F.D.P.-Antrag ist festzustellen, daß Sie das Frauenförderungsgesetz ablehnen, weil Sie die Quotierung ablehnen. Ich finde, daß die Quotierung bzw. dieses Frauenförderungsgesetz nicht etwa zu Alibi-Frauen führt, sondern dazu, daß Frauen entsprechend ihrer Qualifikation endlich ein paar mehr von den Positionen einnehmen können, die ihnen tatsächlich seit langem zustehen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. (C)

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuß empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung Drucksache 10/5336, den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 10/4676 mit Änderungen anzunehmen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Die Beschlußempfehlung ist angenommen.

Wir stimmen nun über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/5360 ab. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe bitte! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, daß der Entschließungsantrag abgelehnt ist.

Abschließend stimmen wir über den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/5389 ab. Wer dieser Entschließung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest: Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Ich rufe nun als Ergänzung der heutigen Tagesordnung auf:

Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (D)

Geszentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/5367

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
Drucksache 10/5210

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung. Wird das Wort gewünscht? - Herr Abg. Schmidt für die Fraktion der SPD! Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Schmidt (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben schon in den letzten Tagen auf die dramatischen Veränderungen in der DDR hingewiesen. Sie verlangen auf allen Ebenen der Politik aktives Handeln und auch flexible Reaktionen auf neue Herausforderungen.

Die Bundesregierung hat, wie wir wissen, beschlossen, das Notaufnahmeverfahren für

(Schmidt (SPD))

- (A) Übersiedler aus der DDR trotz dringender Forderungen der Länder und der kommunalen Spitzenverbände erst zum 1. Juli 1990 abzuschaffen.

Ich weiß nicht, warum sie das solange hinausschiebt. Vielleicht will Bundesinnenminister Schäuble die Wende der Bundesregierung in der Übersiedlerfrage um 180 Grad noch einmal kaschieren. Vielleicht braucht aber die CDU/F.D.P.-Koalition einfach auch etwas mehr Zeit zum Nachdenken. Dafür haben wir Verständnis.

In Nordrhein-Westfalen ist es CDU und F.D.P. offenbar auch unmöglich, sich auf neue Realitäten einzustellen. Das hat die gestrige Anhörung gezeigt, die wir in einer gemeinsamen Sitzung von Innen- und Sozialausschuß durchgeführt haben:

Trotz aller inquisitorischen Fragen der Opposition haben sich die Vertreter aller drei kommunalen Spitzenverbände einmütig für die Änderung des Landesaufnahmegesetzes ausgesprochen. Dabei haben sie betont, daß ihnen die sofortige Beendigung der Sogwirkung des jetzigen Aufnahmeverfahrens so wichtig ist, daß sie auch Probleme bei der Verteilung der nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung immer noch nach Nordrhein-Westfalen strömenden Zuwanderer aus der DDR in Kauf nehmen.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Dreyer?

(B)

(Schmidt (SPD): Wegen der fünf Minuten Redezeit, die mir dieses Parlament zugebilligt hat, kann ich das diesmal ausnahmsweise nicht zulassen.)

- Das ist Ihre Entscheidung.

Schmidt (SPD): Natürlich hätten es die kommunalen Spitzenverbände gern gesehen, wenn die Bundesregierung das Notaufnahmeverfahren für zuzugswillige Bürgerinnen und Bürger aus der DDR sofort und ländereinheitlich abgeschafft hätte, wie wir das ja auch schon seit längerer Zeit gefordert haben.

Aber da der Bund zu raschem und entschlossenem Handeln offenbar nicht fähig ist, begrüßen wir, daß das Land Nordrhein-Westfalen seine Handlungsmöglichkeiten voll ausschöpft.

Wir unterstützen allerdings auch die Forderung der kommunalen Spitzenverbände - gestern vorgetragen -, daß das Land den Städten und Gemeinden bei der Verteilung

und auch bei zusätzlichen Kosten helfen muß. Wichtig ist jetzt, meine ich, daß ein Signal an die Menschen, die in der DDR auf den Koffern sitzen, gegeben wird. Das Signal muß heißen: Helft drüben beim Aufbau; hier sind die Aufnahmekapazitäten erschöpft und die Übergangsheime überfüllt. (C)

(Beifall bei der SPD)

Was wir anbieten können, ist einfach nicht mehr menschenwürdig: Schiffe, Turnhallen, Altenstuben usw., ganz davon abgesehen, daß der sportliche und der kulturelle Aspekt in Nordrhein-Westfalen damit auch kaputtgemacht werden.

Wir wollen sagen: Wenn ihr in die Bundesrepublik kommen wollt, dann kümmert euch vorher um Wohnung und Arbeitsplatz, so wie das jeder Bundesbürger tun muß, wenn er in eine andere Stadt umziehen will.

Wichtig ist aber auch, daß Bund, Länder und Gemeinden alles tun, damit in der DDR sichtbare Zeichen des Aufbaus und der Hoffnung für die wirtschaftliche Zukunft gesetzt werden.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß die vollmundigen Erklärungen des Wahlkämpfers und Bundeskanzlers Helmut Kohl ohne Wenn und Aber auch umgesetzt werden.

(Nagel (CDU): Werden sie!)

Die wahltaktische Verschleierung der Notwendigkeit von Steuererhöhungen in diesem Zusammenhang muß aufhören. (D)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dem 9. November 1989 hatte die Bundesregierung Zeit, sich auf die neue Situation einzustellen. Ein weiteres Vierteljahr zu warten, hieße, weiterhin Menschen aus der DDR mit offenen Armen zu empfangen, obwohl sie dringend in ihrer Heimat gebraucht werden.

Gehandelt werden muß deshalb sofort. Aus diesem Grunde stimmt die SPD-Landtagsfraktion der Änderung des Landesaufnahmegesetzes zu. Die Bundesregierung fordern wir dringend auf, ihre rechthaberischen Drohgebärden gegen das Land einzustellen. Ich weiß auch gar nicht, ob angesichts der notstandsähnlichen Situation in vielen Gemeinden eine Klage überhaupt Erfolg hätte.

Der Bund hat uns lange genug mit der Problematik alleingelassen. Er sollte den Ländern und Gemeinden lieber die Kosten abnehmen und dankbar dafür sein, daß wir in

- (A) Nordrhein-Westfalen mit der Änderung des Landesaufnahmegesetzes zur Drosselung des Zustroms von Menschen aus der DDR beitragen.

Die SPD-Landtagsfraktion wird der Änderung des Landesaufnahmegesetzes zustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Arentz das Wort.

Arentz*) (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat eine Presseerklärung über den hier zu behandelnden Gesetzentwurf mit der Überschrift "Landesregierung beschließt Aufnahmestopp für Übersiedler" versehen. Tatsache ist, daß sie das mit diesem Gesetzentwurf nicht tut. Sie könnte es auch nicht, selbst wenn sie es wollte.

Diese Überschrift zeigt aber, um was es der Landesregierung mit diesem Gesetzentwurf geht: Es geht der Landesregierung darum, hier politischen Profit auf dem Rücken von Menschen zu machen, die 40 Jahre lang im Gefängnis des Sozialismus in der DDR eingesperrt waren.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch bei der SPD)

- (B) Herr Heinemann, dazu sagen wir: Erstens ist das typisch für Sie. Zweitens ist es zutiefst unanständig.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir wären froh, wenn diese Landesregierung über Übersiedler wenigstens so einfühlsam redete, wie sie es über Asylbewerber tut.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung weckt mit diesem Gesetzentwurf die Illusion, daß dadurch die Zahl der Übersiedler verringert werden könnte. Der sicherste Weg, um die Zahl der Übersiedler zu verringern, wäre die Abschaffung der Bundesrepublik; denn das ist der größte Anreiz für die Menschen, zu kommen.

(Schultz (SPD): Zwei Monate ...)

- Herr Schultz, regen Sie sich nicht auf; ich weiß: Die Wahrheit tut Ihnen weh.

Deshalb ist die Strategie von Bundeskanzler Helmut Kohl die einzige Möglichkeit: über die

schnelle Verwirklichung von Wirtschaftsunion, Währungsunion und Sozialunion Verhältnisse in der DDR zu schaffen, daß die Menschen einen Sinn darin sehen, dort zu bleiben. (C)

Da ist es doch interessant,

- daß zum Beispiel Herr Lafontaine jetzt sagt, die Währungsunion wollte er gar nicht mehr so schnell haben,

- daß Herr Schröder sagt, er sähe nicht ein, daß wir Geld für die Landsleute gäben, das Geld sollte besser hierbleiben,

- daß Herr Frey vorgestern hier im Landtag gesagt hat, das Geld wäre für Gelsenkirchen da und nicht für die Leute in der DDR.

Sie predigen einen hemmungslosen, nackten Egoismus!

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein massiver Verstoß gegen den Grundsatz der Solidarität.

(Trinius (SPD): Er hat den Verzicht auf die dritte Stufe verlangt!)

Ich muß sagen: Wie sich die Sozialpolitiker der Linken zu Advokaten der Ellenbogengesellschaft machen, das spottet jeder Beschreibung!

(Beifall bei der CDU)

Nun konkret! Der Herr Sozialminister hat vorgeschlagen, die Übersiedler demnächst in eine alte Kaserne "Staumühle" zu schicken. (D)

(Zuruf des Abg. Schultz (SPD))

Über diese Kaserne hat sich der Herr Minister ja schon einmal geäußert. Er hat unter dem 28. November 1989 an den Bundesverteidigungsminister einen Brief geschrieben, in dem Herr Heinemann es abgelehnt hat, Übersiedler auch nur für wenige Tage dort unterzubringen, weil es ja angeblich so unmenschlich sei, selbst für wenige Tage! Und jetzt wollen Sie aus derselben Kaserne ein Dauerlager machen! Das ist ein eklatanter Verstoß gegen die Menschenwürde, Herr Kasernierungsminister! Es ist unmöglich, was Sie hier tun!

(Beifall bei der CDU)

Wie sieht es denn in den Gemeinden aus? Der Herr Kollege Schmidt hat es ja wenigstens kurz angesprochen. Mit diesem Gesetz entfällt jede gesetzliche Grundlage, um eine vernünftige

(Arentz (CDU))

- (A) tige Verteilung der Übersiedler auf die einzelnen Gemeinden durchzuführen, und es entfällt die Verpflichtung der Landesregierung, sich an der Finanzierung zu beteiligen.

Was hier für den einzelnen bewegt wird: Die Unterbringung der Übersiedler ist heute schon nicht mehr wesentlich besser als für Obdachlose, und als solche müssen die Kommunen die Menschen auch in Zukunft unterbringen. Aber Sie heften den Übersiedlern den Makel der Obdachlosigkeit auf die Stirn. Die SPD macht mit diesem Gesetz Übersiedler zu obdachlosen Stadstreichern.

Im Herbst des vergangenen Jahres haben wir vor der Kommunalwahl den Spruch plakatiert: "Dem Sozialismus laufen die Menschen weg." Übrigens:

Es hat sich bewahrheitet! Seinerzeit hat die SPD gekontert: "Die kommen nach Nordrhein-Westfalen, wo man sozial und tolerant ist." Dieser Gesetzentwurf und der Ort Staumühle sind ein abstoßendes Beispiel sozialdemokratischer "Solidarität" und "Toleranz" in diesem Lande!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abg. Kuhl das Wort.

- (B) Kuhl (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schmidt, eines ist wohl völlig unbestritten, nämlich daß wir gemeinsam versuchen wollen, den Menschen in der DDR Chancen zu geben, damit sie drüben bleiben können.

Aber was ist mit den Menschen, die, aus welchen Gründen auch immer, zu uns kommen? Da fangen die Probleme hier bei uns in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen an.

Dann merkt man sehr schnell, daß auch Sozialpolitik Machtpolitik ist. Dies demonstrieren Sie jetzt. Herr Kollege Arentz hat gerade einige Bemerkungen dazu gemacht, die richtig sind. Man muß ja feststellen, daß in der Tat Sinti, Roma, Asylanten hierbleiben können.

(Schmidt (SPD): Schon wieder einen gegen den anderen ausspielen!)

Aber, Herr Schmidt, unsere Landsleute aus der DDR wollen Sie spornstreichs zurückschicken: Rückfahrkarte in die Hand, ab nach Hause!

(Zuruf des Abg. Schultz (SPD))

- Nein, so kann man das nicht machen!

(C)

Sie brauchen auch nicht ständig zu versuchen, die Bundesregierung vorzuführen. Das gelingt Ihnen nicht; denn die Bundesregierung hat ganz bewußt ein Datum gewählt: 1. Juli. Ich sage Ihnen auch den Grund:

weil ein solches Verfahren einhergehen muß mit der Währungs- und Wirtschaftsunion drüben in der DDR. Das hilft den Menschen und nicht Ihr Verhalten!

(Schmidt (SPD): Ab 1. Juli?)

- Entschuldigung! Sie müssen doch gewisse Zeiten haben, wie Sie etwas regeln wollen.

(Trinius (SPD): Da geht es doch nur um das Datum!)

Ich will Ihnen einmal aus einer dpa-Meldung die Zahlen vorhalten. Acht von elf Bundesländern sagen: Wir bleiben gesetzestreu. Drei Bundesländer - und das sind Saarland, Bremen und Nordrhein-Westfalen - sagen: Wir scheeren uns nicht um das Gesetz. Es geht hier um ein Bundesgesetz, Herr Minister!

Ich sage Ihnen auch etwas zu den Aufnahmequoten, weil das doch ganz interessant ist. Bayern sollte aufnehmen 13,2 %, hat 1989 15,6 % aufgenommen. Bremen sollte 1,2 aufnehmen, hat 1,3 % aufgenommen. Niedersachsen sollte 8,2 aufnehmen, hat 10,3 % aufgenommen. Hessen sollte 8,5 aufnehmen, hat 9,1 % aufgenommen. Schleswig-Holstein sollte 1,8 aufnehmen, hat 2,8 % aufgenommen. Alle die gerade genannten Bundesländer haben über die vorgegebene Quote hinaus aufgenommen, nur Nordrhein-Westfalen nicht; denn unsere Aufnahmequote wäre 31,7 % gewesen, und wir haben nur - -

(D)

(Eichhorn (SPD): Stellen Sie sich das einmal vor!)

- Ach, Herr Eichhorn, reden Sie doch endlich einmal von dieser Stelle aus, statt immer Ihre blöden Zwischenrufe zu machen. Das ärgert!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir haben 17 Millionen Menschen, und Sie behaupten doch immer, wir seien das reichste Land der Bundesrepublik.

(Eichhorn (SPD): Sie haben doch keine Verantwortung in den Gemeinden!)

- Hören Sie doch auf!

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) Ich sage Ihnen die Zahlen: Wir sollten 31,7 % aufnehmen und haben 27,9 % aufgenommen.

(Schultz (SPD): Jetzt nennen Sie bitte auch die Aussiedlerzahlen!)

- Wir sprechen hier von Übersiedlern, nicht von Aussiedlern!

Ich sage Ihnen nun etwas zur Anhörung des gestrigen Tages. Alle drei Vertreter der Spitzenverbände haben in der Tat zugestimmt, Herr Kollege Schmidt.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das ist nicht strittig. Gleichzeitig haben sie aber gesagt: Wir sind leider nicht in der Lage, eine Problemlösung zu bieten. Die Obdachlosenzahlen werden wachsen. Sie haben deutlich erklärt, daß das Problem lediglich verlagert wird, nämlich von den Übergangsheimen ins Obdachlosenasyl,

(Arentz (CDU): So ist es!)

und zahlen müssen die Kommunen. Die Vertreter der Spitzenverbände haben auch eindeutig erklärt, daß das Land das Geld zur Verfügung stellen muß, denn sonst sind sie nicht in der Lage, das Problem zu lösen. Weiterhin haben sie erklärt, daß wir, sollten die Übersiedlerzahlen - aus welchen Gründen auch immer - wieder ansteigen, sofort ein neues Gesetz brauchen.

- (B) Was wollen Sie eigentlich? Heute das Gesetz mit der Abschaffung der Aufnahmelager, und morgen machen Sie das nächste Gesetz, weil wieder mehr Menschen kommen. Raus aus der Traufe, rein in den Regen! Oder wie stellen Sie sich das vor?

(Schmidt (SPD): Wie stellt sich denn der Schäuble das vor?)

Mit der Änderung des Landesaufnahmegesetzes beschließen Sie, die Bundestreue und damit die Gesetze zu mißachten, wie Oskar Lafontaine es Ihnen vorgemacht hat.

(Minister Einert: Wie man so einen Unfug daherreden kann! - Minister Heinemann: Der Mann hat keine Ahnung! - Blumenberg (SPD): Hinsetzen! - Schmidt (SPD): Das ist eine Unterstellung!)

Meine Damen und Herren, so kann man hier nicht verfahren! Es geht nicht an, daß einzelne Länder aus politisch vordergründigen Motiven - das ist das Entscheidende - das Bundesrecht verletzen.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

- (C) Kuhl (F.D.P.): Da meine Redezeit leider zu Ende ist - wir hatten nur 5 Minuten - ,

(Edelbrock (SPD): Gott sei Dank, setz dich hin! - Eichhorn (SPD): So ein Schwätzer!)

darf ich noch folgendes sagen:

Es ist bedauerlich, daß Sie innerhalb von nur 12 Minuten über die Schicksale von vielen unserer Landsleute entscheiden wollen.

(Schultz (SPD): Das hat der Ältestenrat entschieden, nicht wir!)

Wir hätten eine längere Debatte führen müssen.

(Beifall bei der F.D.P. - Minister Heinemann: Quatschkopf!)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Heinemann das Wort.

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst zu Ihnen, Herr Kuhl! Was Sie vorgetragen haben, entbehrt jeder Sachlichkeit und ist falsch. Wir brechen kein Bundesrecht, sondern wir ändern das Landesaufnahmegesetz.

(Beifall bei der SPD)

(D) Dies hat zur Folge, daß die Kommunen zukünftig keine Übersiedler mehr zugewiesen bekommen, sondern daß die Übersiedler, die uns der Bund zuweist, vom Land versorgt werden.

(Dreyer (CDU): Sie stecken sie in Sammellager!)

- Herr Dreyer, ich habe Ihnen schon einmal gesagt: Sprechen Sie nicht von Sammellagern! Was sind denn Sammellager? Ist eine Turnhalle, wo die Menschen untergebracht werden, kein Sammellager? Sind die Containerrecken, die langsam schon Slums gleichen, keine Sammellager?

(Zuruf des Abg. Dreyer (CDU))

Ich könnte Ihnen eine Menge Beispiele nennen. Sie wollen das nicht wahrhaben, weil es Ihnen nicht in den Kram paßt.

(Eichhorn (SPD): Scheinheilig ist das!)

Ich sage: Die Währungsunion ist Voraussetzung. Es kann mir aber keiner sagen, daß sie

(Minister Heinemann)

- (A) zum 1. Juli kommt. Bei der Unsicherheit mit dieser Bundesregierung steht das noch völlig in den Sternen.

(Doppmeier (CDU): Wozu wollen Sie denn einen Stacheldraht!)

- Herr Doppmeier, Ihr Herr Bundeskanzler hat im Wahlkampf Versprechungen gemacht, von denen er sich heute schon wieder zurückzieht.

(Widerspruch bei der CDU - Hardt (CDU): Sie sind der Kasernierungsminister!)

Herr Haussmann und der Herr Bundeskanzler haben den Sparern, den Rentnern und den Arbeitnehmern in der DDR den Umtauschkurs 1 : 1 versprochen. Heute sprechen sie von 1 : 3. Das wollen die Leute drüben nicht hören!

(Zurufe von der CDU - Doppmeier (CDU): Warum wollen Sie die Leute hinter Stacheldraht stecken?)

Sie haben ihnen geglaubt und sind jetzt schon enttäuscht.

(Doppmeier (CDU): Warum ziehen Sie denn dann noch einen Stacheldraht?)

Deshalb ist auch das Risiko vorhanden, daß das Gros der Zuwanderer wieder größer wird.

- (B) Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage - -

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Nein, das geht von meiner Zeit ab.

Herr Kuhl, ich will Ihnen noch eines sagen! Die Quote 27,9 % entspricht der Bevölkerung des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Bundesratsquote von 31,7 % ist eine Quote, gegen die ich seit langem kämpfe,

(Goldmann (CDU): Stimmt doch gar nicht!)

weil wir über Gebühr mit Aus- und Übersiedlern bedacht werden.

(Arentz (CDU): Das ist unwahr! - Zuruf des Abg. Goldmann (CDU))

- Herr Goldmann, es lohnt nicht mehr, es hat in diesen letzten Stunden keinen Sinn mehr.

(Goldmann (CDU): Ein Wendehals sind Sie! - Zuruf des Abg. Kuhl (F.D.P.))

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(C)

(Zurufe von der CDU - Goldmann (CDU): In der Minderheit sind Sie! - Glocke der Präsidentin)

Auch was Herr Arentz gesagt hat, entbehrt jeder Sachlichkeit. Ich konnte ihm ja gestern schon seine Unsachlichkeit belegen. Meine Damen und Herren von der CDU, scheinbar können Sie sich nicht vorstellen, daß man in dieser Frage auch sachlich entscheiden kann.

(Lachen bei der CDU und Zuruf: Das sehen wir ja!)

Es ist der Bund - Herr Blüm -, der den Menschen das Eingliederungsgeld entziehen will, um die Kommunen zukünftig vom ersten Tag an mit der Sozialhilfe für diese Menschen zu belasten.

(Dreyer (CDU): Das haben Sie doch immer gefordert!)

- Wir haben gefordert, daß der Bund die Kosten übernimmt, verehrter Herr Dreyer! Jetzt sollen die Kommunen die Kosten tragen. Das ist Ihre soziale Einstellung!

Wir haben in den letzten Tagen schon viel darüber gesprochen. Lassen Sie mich noch ein paar Bemerkungen machen!

Die Landesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes, über den heute abschließend zu entscheiden ist, vorgelegt. Kernpunkt der Novelle ist, daß die Gemeinden des Landes zukünftig nicht mehr verpflichtet sind - um es noch einmal zu sagen -, Übersiedler in Übergangsheimen unterzubringen. Die Menschen aus der DDR, die bei uns einen neuen Wohnsitz begründen wollen, müssen sich somit selbst um Unterkunft bemühen.

(D)

Mit dieser Grundidee der Novelle soll den Übersiedlern deutlich gesagt werden: Wer in Ausübung seines Grundrechts auf Freizügigkeit seinen Wohnsitz wechselt, trägt dafür die volle Selbstverantwortung. Sie von der CDU fordern doch immer die Selbstverantwortung für alle Menschen! Ich kann Ihnen dafür eine Menge Beispiele nennen. Und hier soll das nicht gelten? Übersiedler sollen für Wohnung und Lebensunterhalt am neuen Wohnort voll selbst verantwortlich sein. Das gilt für die Bundesbürger und spätestens seit den freien Wahlen zur Volkskammer am 18. März auch für die Bürger der DDR.

(Goldmann (CDU): Die Bundesbürger haben doch ganz andere Voraussetzungen!)

(Minister Heinemann)

(A) Diese Grundidee ist unumstritten; das belegt nicht zuletzt der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Aufhebung des Notaufnahmeverfahrens.

Beide deutsche Staaten wachsen zusammen, zwischen ihnen herrscht volle Freizügigkeit, und hierzu paßt ein Notaufnahmeverfahren nicht mehr.

(Schmidt (SPD): Das sagt sogar der Schäuble!)

Das Notaufnahmeverfahren ist unter gänzlich anderen Vorzeichen geschaffen worden. Damals herrschte kalter Krieg, später kam der Eisener Vorhang dazu, und hieraus erwuchs für die Deutschen diesseits der Grenze die Pflicht, denjenigen, die dem kommunistischen Machtbereich entkommen waren, eine besondere Fürsorge angedeihen zu lassen. Innerhalb eines halben Jahres hat sich die Situation aber völlig geändert.

(Goldmann (CDU): Gott sei Dank!)

- Ja. - Die gesellschaftlichen Umwälzungen in der DDR haben die Rechtfertigung für ein Notaufnahmeverfahren entfallen lassen.

Deshalb ist dieser Zeitpunkt richtig. Was der Bundesinnenminister zum 1. Juli macht, ist ein zu später Zeitpunkt. Und ich höre Sie hier schon wieder mit Überzeugung reden: Dieser Bundesinnenminister handelt richtig, ab 1. Juli! Ihnen kommt es nicht auf die Sache an, sondern darauf, wer es macht. Den Bundesinnenminister loben Sie, wenn er es am 1. Juli macht, und die Sozialdemokraten in der Verantwortung hier verurteilen Sie.

(B)

(Hardt (CDU): Was? - Doppmeier (CDU): Währungsunion und Sozialunion waren die Stichworte!)

Ihr doppelzüngiges Spiel, Herr Doppmeier, haben die Menschen im Lande erkannt. Sie erkennen es auch weiter, und sie werden Ihnen dazu die Antwort geben. Da bin ich ganz sicher.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales Drucksache 10/5210 seine Zustimmung

geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? (C)

(Doppmeier (CDU): Das letztere war die Mehrheit! Eindeutig! - Zurufe von CDU und F.D.P.: Mehrheit! Mehrheit!)

Meine Damen und Herren! Ich darf die Abstimmung wiederholen, weil es für das Präsidium nicht ganz erkenntlich war.

(Hardt (CDU): Jetzt sollen die anderen hereinkommen! Das ist immer so!)

- Nein, ich muß erst einmal eine Meinung des Präsidiums feststellen. Ich werde die Mehrheit durch das Präsidium feststellen lassen. Deshalb wiederholen wir die Abstimmung. Darüber ist das Präsidium sich einig.

Wer für den Gesetzentwurf ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen?

(Doppmeier (CDU): Die fehlen ja alle! Hier ist die Mehrheit!)

- Gut, meine Damen und Herren, dann kommen wir jetzt zum Auszählen.

(Zuruf von der CDU: Jetzt kommen sie aus der Kantine! - Doppmeier (CDU): Was ist denn das für ein parlamentarisches Verfahren? - Weitere Zurufe von CDU und F.D.P. - Gegenrufe von der SPD - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

(D)

Ich darf die Mitglieder des Präsidiums bitten auszuzählen.

(Kuhl (F.D.P.): Jetzt werden sie aus der Kaffeeklappe geholt! - Dreyer (CDU): Jetzt kommen sie alle herein! - Blumenberg (SPD): Sind wir eine geschlossene Gesellschaft, oder was ist los?)

Frau Decking-Schwill, Herr Meyer zur Heide, Herr Heidtmann, Frau Larisika-Ulmke! Sind die Mitglieder des Präsidiums bereit?

Ich darf jetzt noch einmal um Abstimmung bitten.

(Hardt (CDU): Es hat sich im Hause herumgesprochen! - Minister Heinemann: Da kommen wieder zwei von euch! - Anhaltende Unruhe)

(Frau Vizepräsident Friebe)

- (A) Wer für den Gesetzentwurf ist, den darf ich bitten, jetzt die Hand zu heben. Ich bitte auszuzählen!

(Hardt (CDU): Dann brauchen wir demnächst gar nicht mehr abzustimmen! - Weitere Abgeordnete kommen in den Plenarsaal - Pfui-Rufe von CDU und F.D.P. - Zuruf von der CDU: Unmöglich! - Anhaltende erregte Zurufe von CDU und F.D.P. - Weiterhin anhaltende Unruhe)

Darf ich nun diejenigen, die dagegen sind, um das Handzeichen bitten!

(Wendzinski (SPD): Wir bitten um Hammelsprung! - Minister Heinemann: Wie lange zählt ihr denn? Bis sie alle hier sind?)

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der Abstimmung bekannt: Für den Gesetzentwurf wurden 79 Stimmen gezählt, dagegen 72. Damit ist der Gesetzentwurf verabschiedet.

(Beifall bei der SPD - Hardt (CDU): Nein, nein, so geht es nicht! - Weiss (CDU): Hammelsprung!)

Das Präsidium ist sich einig, daß die Stimmen korrekt gezählt wurden. Damit ist die Abstimmung geschlossen.

- (B) (Zurufe von der CDU - Hardt (CDU): Wir zweifeln das Abstimmungsergebnis an! - Blumenberg (SPD): Jetzt kommt der Worms auch noch! - Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Herr Hardt, zur Geschäftsordnung!

Hardt (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben in den letzten zehn Minuten wechselnde Mehrheiten gehabt. Wir zweifeln das knappe Wahlergebnis, wie Sie es ausgezählt haben sollten, entsprechend an. Wir beantragen einen Hammelsprung, damit Klarheit in diesem Hause herrscht. - Danke.

(Beifall bei CDU und der F.D.P. - Unruhe)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren! Das Präsidium hat sich beraten. Nach der Geschäftsordnung ist eindeutig: Die Zahlen sind durch das Präsidium anerkannt. Die Abstimmung zählt. Die Abstimmung ist abgeschlossen. Das Ergebnis lautet: 79 dafür, 72 dagegen. Das sind die Zahlen, die vom Präsidium anerkannt worden sind.

(C) Danach ist dieser Antrag nach unserer Geschäftsordnung nicht zulässig, Herr Hardt.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU - Unruhe)

Zur Geschäftsordnung, Herr Hardt?

Hardt (CDU): Frau Präsidentin! Ich möchte zur Begründung nachschicken, daß auch die Schriftführer nicht in der Lage waren, eine eindeutig formierte Lage festzustellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch bei der SPD)

Ich habe nicht erkennen können, daß reihenweise ausgezählt worden ist. Somit ist bei dieser Auszählung auch nicht jeder entsprechend namhaft gemacht worden. Das war eine Überblickszählung. Wir beantragen einen wirklichen Hammelsprung, damit Klarheit über diesen Gesetzentwurf besteht. Ich habe die Bitte, dementsprechend zu verfahren.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren! Auch nach Rücksprache mit dem Präsidenten ist es nach der Geschäftsordnung eindeutig so, daß ausgezählt wurde und daß die Mitglieder des Präsidiums, die ausgezählt haben, die Stimmen hier angegeben haben. Diese werden vom Präsidium einstimmig anerkannt. Damit ist die Abstimmung nach unserer Geschäftsordnung abgeschlossen.

(Beifall bei der SPD - Unruhe)

(D) Meine Damen und Herren! Ich stelle noch einmal das Ergebnis fest: Der Gesetzentwurf ist in zweiter Lesung mit 79 Stimmen dafür und 72 Stimmen dagegen verabschiedet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf - -

(Hardt (CDU): Ich möchte anmerken, daß wir das Ergebnis der Abstimmung anzweifeln! - Doppmeier (CDU): Die Mehrheit muß da sein! - Anhaltende Unruhe und lebhaftes Zurufe)

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

Ich bin mir nicht so ganz sicher, ob wir unseren Zuhörern gerade das richtige Bild eines Parlaments bieten.

(Demonstrativer Beifall bei CDU und F.D.P. - Beifall von der Zuhörertribüne)

(Präsident Denzer)

- (A) - Ich muß den Zuschauern und Zuhörern, unseren Mitbürgern, sagen: Nach der Geschäftsordnung sind Beifalls- oder Mißfallensbekundungen von der Tribüne nicht zulässig. Ich stelle das aber lediglich fest.

(Dreyer (CDU): Selbst wenn es dem Präsidenten gefällt!)

Es gibt keinen Zweifel: Die Geschäftsordnung kann nicht nach Bedarf interpretiert werden. Die Abstimmung ist durch den einstimmigen Beschluß des Präsidiums gültig festgestellt. Nur bei Zweifeln ist ein Hammelsprung, wie man so schön sagt, zur Feststellung des Ergebnisses möglich.

(Zuruf von der CDU: Wir zweifeln doch!)

Da hier kein Streit besteht, gibt es darüber keinen Zweifel. Der Punkt ist abgeschlossen.

Die CDU-Fraktion hat eine viertelstündige Unterbrechung beantragt, dem nach den Gepflogenheiten des Hauses stattzugeben ist. Wir treffen uns um 15.20 Uhr wieder. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 15.06 Uhr bis 15.28 Uhr)

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung des Landtags wird fortgesetzt.

(B)

Gemäß § 62 unserer Geschäftsordnung ist die Abgabe von Erklärungen möglich. Zu einer Erklärung, die nicht im Zusammenhang mit dem Gegenstand der Beratung steht, kann der Präsident außerhalb der Tagesordnung das Wort erteilen. Die Erklärung ist ihm auf Verlangen vorher schriftlich vorzulegen. Die Redezeit ist auf 5 Minuten beschränkt.

Von dieser Möglichkeit der Geschäftsordnung hat Frau Abg. Decking-Schwill als erste und Frau Abg. Versteegen als zweite Gebrauch gemacht. Das Verlangen, die Erklärung vorher schriftlich vorzulegen, stellt dieser Präsident aus Zeitgründen nicht, so daß ich Frau Abg. Decking-Schwill das Wort zur Abgabe einer Erklärung gemäß § 62 unserer Geschäftsordnung erteile. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Frau Decking-Schwill (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf die Frage der Präsidentin, wie viele Stimmen die Mitglieder des Präsidiums, die Auszählenden, gezählt hätten, haben sowohl Frau Versteegen als auch ich nicht geantwortet, weil wir unsicher gewesen sind.

- (C) Daraufhin wurde das Ergebnis 79 zu 72 aufgrund der Stimmauszählung unserer Kollegin von der F.D.P. mitgeteilt. Ich will es nicht anzweifeln, aber wir konnten es nicht bestätigen, weil es unsicher gewesen ist.

Es ist dann festgestellt worden, im Präsidium sei Einvernehmen hergestellt worden. Dieses Einvernehmen ist formell nicht hergestellt worden, weil sowohl Frau Versteegen als auch ich keine Zahl genannt haben.

(Zurufe)

Von daher bleibt dieses Ergebnis unklar und deswegen anzuzweifeln. Danke schön!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren Kollegen! Ich weiß gar nicht, was diese Aufregung soll. Wir nehmen hier nach einem abgeschlossenen Tagesordnungspunkt Erklärungen entgegen.

(Zustimmung bei der SPD)

und ich bitte das Recht der Abgeordneten, die die Abgabe dieser Erklärung gewünscht haben, zu respektieren.

Das Wort hat jetzt Frau Abg. Versteegen von der Fraktion der CDU. Bitte sehr!

- Frau Versteegen*) (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erkläre hiermit, daß ich das Abstimmungsergebnis nicht anerkannt habe. Auf meine Frage, ob ich oder auch die anderen Auszählenden mitgezählt worden sind, habe ich keine Antwort erhalten.
- (D)

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich habe diese Erklärungen entgegengenommen.

Nun liegt mir noch ein Antrag des Herrn Abg. Heidtmann vor, eine Erklärung nach § 62 unserer Geschäftsordnung abzugeben. Ich gebe diesem Antrag statt und erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege.

Heidtmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Abg. Hardt hat von hier aus behauptet, es sei nicht korrekt ausgezählt worden; er habe das beobachtet. Ich kann nicht verstehen, wie er, da ich ihm den Rücken zugekehrt habe, feststellen konnte, daß ich nicht korrekt ausgezählt habe.

Ich sage hier ganz ausdrücklich, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen ausgezählt

(Heidmann (SPD))

(A) habe und daß das Ergebnis, wie ich es hier nach vorn weitergegeben habe, nach meinem Dafürhalten richtig war.

(Reul (CDU): Eine Seite! - Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Damit ist die Abgabe der Erklärungen abgeschlossen.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Zukunft der Juristenausbildung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 10/4265

Beschlußempfehlung und Bericht des
Rechtsausschusses
Drucksache 10/5331

Ich eröffne die Beratung. Wer wünscht das Wort? - Niemand! Wortmeldungen liegen also nicht vor. Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung.

(Unruhe)

- Ich würde diese Pilgerfahrten von Beamten und Abgeordneten in den Phasen der Abstimmungen ein wenig einstellen; denn die Geschäfte gehen hier weiter.

(Zuruf des Abg. Kuhl (F.D.P.)

(B) - Doppmeier (CDU): Da kann man einmal sehen, wie unübersichtlich das hier ist!
- Gegenrufe von der SPD - Unruhe)

- Ich werde die Geschäfte erst weiterführen, wenn in diesem Saal Ruhe eingetreten ist und die Abstimmung stattfinden kann.

Meine Damen und Herren! Die Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses Drucksache 10/5331 ist in sechs Abschnitte eingeteilt.

Die Abschnitte I bis V enthalten allgemeine Aussagen zur Juristenausbildung und eine Aufforderung an die Landesregierung. Laut Abschnitt VI soll der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4265, der Ihnen vorliegt, für erledigt erklärt werden.

Wir stimmen zunächst über die Abschnitte I bis V insgesamt ab. Wer diesem Teil der Beschlußempfehlung unseres Rechtsausschusses seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind die Abschnitte I bis V der Beschlußempfehlung einstimmig angenommen.

(C) Wir stimmen nun über Abschnitt VI ab, wonach der Antrag der CDU Drucksache 10/4265 für erledigt zu erklären ist. Wer dieser Empfehlung des Rechtsausschusses zustimmen will, der gebe bitte das Handzeichen. - Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Damit ist Abschnitt VI der Beschlußempfehlung ebenfalls angenommen.

Ich rufe nunmehr Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 10/5244

zweite Lesung

Meine Damen und Herren! Da nach der ersten Lesung des Gesetzentwurfs keine Ausschusssitzung stattgefunden hat, ist der Gesetzentwurf selbst, also die Drucksache 10/5244, auch Gegenstand der Beratung in der heutigen zweiten Lesung.

Ich eröffne die Beratung. Wer wünscht das Wort? - Niemand! Dann schließe ich die Beratung.

Ich lasse abstimmen. Wer dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion Drucksache 10/5244 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung abgelehnt.

Ich rufe Punkt 12 der Tagesordnung auf:

Erster Staatsvertrag zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages (Staatsvertrag zur Fernsehkurzberichterstattung)

Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 10/5355

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung. Wünscht jemand das Wort? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

(D) Ich lasse abstimmen. Wer dem Staatsvertrag Drucksache 10/5355 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Damit ist der Staatsvertrag in zweiter Lesung angenommen.